Der Landrat

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 39. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 08.09.2025

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

7. Beauftragung vorbereitender Untersuchungen, Gutachten und Planungsaufträge für die Berufskollegs - DS-Nr.: 6475 -

Die SPD-Fraktion zeigte sich überrascht über die unter diesem und den folgenden Tagesordnungspunkten vorgelegten Beschlussvorschläge, die wesentliche Entscheidungen für die Schulen beinhalteten, und die sie fraktionsintern nicht intensiv habe beraten können. Der Sperrvermerk, der hier nun aufgehoben werden solle, sei von ihr im Frühjahr d.J beantragt worden, da damit lediglich Planungsleistungen für das Berufskolleg Halle (Westf.) beauftragt werden sollten. Sie beantrage nun, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen:

3. Die Verwaltung wird über die erfolgten Beauftragungen und die Ergebnisse der Prüfung zeitnah in den zuständigen Gremien, differenziert nach den jeweiligen Schulen, berichten.
4. Dem neuen Kreistag wird empfohlen, einen Arbeitskreis Schulbauten entsprechend dem Arbeitskreis Neubau zu bilden.

Der Zusatz unter Ziffer 3 sei ihr wichtig, damit sich der neu gewählte Kreistag in der nächsten Wahlperiode gut in die Themen einarbeiten könne. Dafür könne ein Arbeitskreis hilfreich sein.

Dem Einwand des Landrates, dass die geforderte Berichterstattung durch die Verwaltung selbstverständlich sei, stimmte die CDU-Fraktion zu. Angesichts der Dringlichkeit in den Schulen sollten die notwendigen Voruntersuchungen nicht verzögert werden. Auf Grundlage von deren Ergebnissen könne der neu gewählte Kreistag schnellstmöglich Entscheidungen treffen.

Die FDP-Fraktion unterstrich, dass der Verwaltung durch den Beschluss die Möglichkeit gegeben werde, vorbereitende Maßnahmen zu treffen; konkrete Investitionen oder Maßnahmen würden wiederum dem Kreistag zur Entscheidung vorgelegt. Die von der SPD-Fraktion angeregten Ergänzungen seien in den Erläuterungen der Vorlage enthalten und müssten nicht in den Beschlussvorschlag aufgenommen werden.

Die SPD-Fraktion stellte klar, dass sie dem Beschlussvorschlag grundsätzlich zustimmen könne. Sie bemängele, dass dieser einem „Freifahrtschein“ für jegliche Gutachten und Planungen gleichkomme.

Auf den Einwand der CDU-Fraktion, dass der Betrag auf 500.000 € begrenzt sei, erwiderte die SPD-Fraktion, dass aber die konkrete Mittelverwendung nicht geregelt werde. Im Hinblick auf die Neuwahl der Landrätin oder des Landrates wolle sie durch die von ihr beantragte Ergänzung des Beschlussvorschlages sicherstellen, dass die bisherigen Gepflogenheiten beibehalten würden.

Die GRÜNE-Fraktion warf ein, dass sie davon ausgehe, dass die Verwaltung die Mittel wie gewohnt sinnvoll einsetze und über die Ergebnisse laufend berichte. Die Bildung eines neuen Arbeitskreises solle dem neu gewählten Kreistag vorbehalten werden, wofür es auch keine Empfehlung brauche. Daher stimme sie dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion nicht zu.

Die CDU-Fraktion sprach sich dafür aus, dass die Verwaltung schon jetzt die nötigen Vorarbeiten erledige, damit der neu gewählte Kreistag schnellstmöglich die notwendigen Entscheidungen für die Renovierung der Schulen treffen könne. Zudem seien die Themen inhaltlich mehrfach besprochen worden.

Die UWG-Fraktion schloss sich dem an und verwies auf den Aufgabenkatalog, der in den Erläuterungen der Vorlage enthalten sei. Der heute gefasste Beschluss gelte zudem auch für die neue Verwaltungsleitung, sofern dieser nicht durch einen weiteren Beschluss des Kreistages geändert werde.

Die SPD-Fraktion wies darauf hin, dass der Sperrvermerk seinerzeit gesetzt worden sei, da die Schulentwicklungsplanung noch nicht abgeschlossen gewesen sei und man noch nicht habe einschätzen können, ob die Mittel an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden könnten. Diese Bedenken hätten sich nunmehr bewahrheitet und man könne auf die noch vorhandenen Mittel zurückgreifen. Sie kritisiere, dass über manche Entwicklungen, wie z.B. den möglichen Umzug der Bernsteinschule auf das Gelände des Berufskollegs Halle (Westf.), nicht immer zeitnah unterrichtet werde. Ferner wünsche sie sich eine Übersicht, welche Mittel nach dem jetzigen Kenntnisstand bis zum Jahr 2035 benötigt würden, die durch die Abschreibungen schließlich auch die Kreisumlage belasteten.

Die Verwaltung führte aus, dass sie bei den vorbereitenden Untersuchungen keine Investitionsentscheidungen treffen wolle. Sie gehe auch davon aus, dass im Haushaltsjahr 2026 noch keine großen Investitionen im Schulbereich getätigt werden könnten, da zunächst die Ergebnisse der Voruntersuchungen bewertet werden müssten. Zu diesem Zweck schlage sie vor, einen Arbeitskreis zu bilden, der alle nötigen Maßnahmen für die anschließende Beschlussfassung in den zuständigen Gremien vorbereite. Die von der SPD-Fraktion beantragten Ergänzungen werde sie auch ohne eine solche Beschlussfassung umsetzen. Ferner verdeutliche die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport, dass diese Thematik nicht überraschend gewesen sei. Nunmehr solle mit Hochdruck an den Raumprogrammen für die Berufskollegs weitergearbeitet werden, damit sie zur Entscheidung vorgelegt werden könnten.

Die SPD-Fraktion drückte ihr Unbehagen aus. Im Frühjahr d.J. sei es von der Verwaltung noch als unabdingbar dargestellt worden, das Berufskolleg Halle (Westf.) zeitnah zu sanieren. Nun verschiebe man diese Pläne und ziehe andere Maßnahmen vor. In den Haushaltsplanberatungen habe sie gefordert, dass Gesamtkonzeptionen zu den einzelnen Gebäuden erstellt würden; die anderen Fraktionen seien dem jedoch nicht gefolgt. Nunmehr wiesen drei Gebäude von Berufskollegs sowie die Michaelisschule desolate Zustände auf, obwohl die Schwimmhalle der Letzteren zuletzt noch kostenintensiv saniert worden sei. Mit Blick auf die Gesamtsituation müssten nun sinnvolle Entscheidungen getroffen werden, bei denen die politischen Gremien umfangreich beteiligt werden sollten.

Sodann ließ der Landrat über den ergänzenden Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Ergebnis: Abgelehnt (3 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen)

Daraufhin verabschiedete der Kreisausschuss folgende

Beschlussempfehlung an den Kreistag:

Die Verwaltung wird beauftragt, alle nötigen Gutachten, Beratungsleistungen und spezielle Fachplanungen zu beauftragen, um alle Informationen frühzeitig zusammenzutragen, die für die weiteren Planungsschritte (Erstellung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, Erstellung von Raumprogrammen oder Funktionalausschreibungen, Kostenermittlung) von Bedeutung sind.

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Sperrvermerk, mit dem die Mittel für Planungsleistungen in Höhe von 500 T€ beim Berufskolleg Halle (Westf.) im Haushaltsjahr 2025 versehen wurden, aufzuheben. Diese Mittel sollen für die notwendigen Vorab-Beauftragungen aller Schulobjekte eingesetzt werden.

Ergebnis: Einstimmig